

Die Abgeordneten der Simulation des Europäischen Parlaments (SIMEP) 2006 beschließen folgende Resolution. Rechtliche Grundlage ist der Vertrag von Nizza.

### I Chemikalienverordnung (2. Lesung)

1. Die Abgeordneten der SIMEP können dem vom Ministerrat vorgelegten Vorschlag für eine Verordnung zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe in dieser Form nicht zustimmen. Die Abgeordneten fordern, den Schwerpunkt vor allem auf einen effektiveren Verbraucher- und Gesundheitsschutz zu legen (Option 1a) / eine ausgewogene Berücksichtigung sowohl der Interessen der Bürgerinnen und Bürger als auch der Unternehmen (Option 1b).
2. Sowohl Neuanmeldungen als auch Altstoffe müssen zukünftig von den Unternehmen einer umfassenden Risikobewertung unterzogen werden, unabhängig von der Menge der verarbeiteten Chemikalie (Option 2a) / Giftige Stoffe können zeitlich auf drei Jahre begrenzt und bis zu einer Obergrenze von 10 kg pro Jahr zugelassen werden (Option 2b). *Diese Regelungen erstrecken sich auch auf in die EU eingeführte chemischen Substanzen und Produkte, die solche Substanzen beinhalten* (Zusatz 1).
3. Die Europäische Agentur für chemische Stoffe wacht über die Einhaltung dieser Regelungen und kann Zuwiderhandeln mit Sanktionen bestrafen (Option 3a) / überwacht die weitere Verarbeitung giftiger Chemikalien und unterstützt die Unternehmen in ihren Bemühungen, so schnell wie möglich unbedenkliche Ersatzstoffe für giftige Chemikalien zu entwickeln, hat jedoch nicht das Recht, Sanktionen zu verhängen (Option 3b).

### II Europäische Nachbarschaftspolitik

4. Die Abgeordneten der SIMEP fordern den Europäischen Rat auf, im Rahmen der ENP die wirtschaftliche und politische Stabilisierung der an die EU grenzenden Staaten zu fördern, um so eine Alternative zur Vollmitgliedschaft für diese Staaten zu entwickeln (Option 4a) / betonen jedoch die Wichtigkeit der Differenzierung zwischen den Staaten Osteuropas (Belarus, Ukraine, Moldawien, Aserbaidshan, Armenien, Georgien), für die die Möglichkeit eines späteren Beitritts offen gelassen werden soll und den Mittelmeeranrainern (Algerien, Ägypten, Israel,

Jordanien, Libanon, Libyen, Marokko, Syrien, Tunesien sowie der palästinensischen Autonomiebehörde), für die keine Beitrittsperspektive besteht (Option 4b).

5. Die Förderung von Demokratie und Rechtstaatlichkeit sowie die Einhaltung der Menschenrechte sind essentieller Bestandteil der ENP. Stagnation und Rückschläge in der Zusammenarbeit und im Dialog mit unseren Nachbarn dürfen jedoch nicht die Einstellung unserer Unterstützung für unsere Nachbarn bedeuten (Option 5a) / Menschenrechtsverletzungen und die Einschränkung demokratischer und rechtstaatlicher Bürgerrechte müssen klare Konsequenzen seitens der EU nach sich ziehen, die bis hin zur Auflösung der Partnerschaft gehen können (Option 5b). *Die Abgeordneten regen zudem an, mindestens 20 % der für die ENP zur Verfügung stehenden Gelder unabhängig von der Zusammenarbeit mit der jeweiligen Regierung direkt und unmittelbar der Unterstützung von Nicht-Regierungsorganisationen zu Gute kommen zu lassen (Zusatz 2).*
6. Die Abgeordneten der SIMEP verlangen, dem EP ein Mitbestimmungsrecht in allen Bereichen der ENP eingeräumt wird (Option 6a) / das Europäische Parlament stärker in die Konzeption und Überwachung der ENP-Aktionspläne einzubeziehen (Option 6b).

### III Energieversorgungssicherheit

7. Die Energieversorgung in der EU muss unabhängiger werden vom Import von Erdöl und Erdgas. Die Abgeordneten der SIMEP fordern daher die Europäische Kommission auf, einen Aktionsplan zur Energieeinsparung und Diversifizierung der Energieversorgung zu erstellen (Option 7a) / empfehlen einhergehend mit der vollständigen Liberalisierung des europäischen Energiemarktes 2007 die Einrichtung einer EU-Energiebehörde, die jährliche Energieberichte erstellt und die Netzzugangsbedingungen regelt (Option 7b).
8. Die Abgeordneten der SIMEP setzen sich dafür ein, mit Hilfe des EU-Forschungsrahmenprogramms erneuerbarer Energien und innovativer Technologien zur Energiegewinnung finanziell zu fördern (Option 8a) / fordern die Mitgliedstaaten dazu auf, ihre Bemühungen im Bereich der erneuerbaren Energien und Biokraftstoffe zu verstärken (Option 8b). *Im Sinne der Diversifizierung der Energiequellen und angesichts des bedrohlichen Klimawandels befürworten die Abgeordneten der SIMEP ausdrücklich die europaweite Nutzung der Kernenergie (Zusatz 3).*

9. Die Abgeordneten empfehlen, dass Fragen der Energieversorgung stärker in der Zusammenarbeit mit unseren Nachbarstaaten berücksichtigt werden. Bei den Verhandlungen des Partnerschaftsvertrages mit Russland muss die Einführung einer Energiesicherheitsklausel daher oberste Priorität haben (Option 9a) / Um sich nicht von einzelnen Staaten abhängig zu machen, sollte die Importquote von Erdöl und Erdgas aus einem Drittstaat im europäischen Mittel jeweils die 25 %-Marke nicht überschreiten (Option 9b).